

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2021

Seite: 13
Ressort: Feuilleton
Seitentitel: Feuilleton
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 246
Auflage: 198.252 (gedruckt)¹ 201.408 (verkauft)¹
210.488 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,941 (in Mio.)²

¹ IVW 2/2021

² AGMA ma 2021 Tageszeitungen

Eine europäische Vernunft

Die Regierung von Mario Draghi hat den Populismus in Italien ausgebremst. Wie ist das möglich?

Von Klaus Georg Koch, Mailand
Mit dem Populismus in Italien geht es zu Ende, als habe er den Zug der Zeit verpasst. Als unwiderstehliche Macht der Geschichte hatte ihn Matteo Salvini noch Anfang vergangenen Jahres inszeniert. Sein schrill orchestrierter Marsch auf Rom endete damals am Nordufer des Flusses Rubicone, als die Wähler der Emilia-Romagna es vorzogen, sozialdemokratische und zivile Parteien in ihre Regionalregierung zu schicken. Jetzt haben überall im Land Bürger der größten Städte den Populismus an den Rand geschoben. Nach den Kommunalwahlen stehen Neapel, Rom, Bologna, Mailand und Turin unter sozialdemokratischer Leitung. In Rom und Turin wurden die Bürgermeisterinnen der Fünf-Sterne-Bewegung abgewählt, sie erhielten nur noch ein Viertel ihrer früheren Stimmen. Die Kandidaten der rechtspopulistischen Parteien, geführt von Matteo Salvini und Giorgia Meloni, blieben mit einem Abstand von 20, 30, in Neapel sogar 40 Prozent hinter den Siegern zurück. Für Politiker, die den Anspruch erheben, den Willen des "Volkes" zu verkörpern, sind das verheerende Ergebnisse.

Noch einmal hatten Salvini und Meloni versucht, Politik mit den Rezepten der Antipolitik zu machen. Die Kandidaten, die sie nach zähem Streit aufstellten, kamen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft. Die Botschaften blieben schwach und rückwärtsgewandt - so sprach sich der Mailänder Kandidat, ein Chefarzt für Kinderheilkunde, als Erstes für die Abschaffung der neu eingerichteten Fahrradwege aus. Dass die Populisten von rechts und links mit ihrem manchmal gut gemeinten Dilettantismus den Ineffizienzen italienischer Politik eher neue hinzufügten, als die alten zu beseitigen, war den Leuten nicht verborgen

geblieben. Die Kandidaten der sozialdemokratischen Parteienbündnisse dagegen verfügten über politische Erfahrung, das schien vielen diesmal als das attraktivere Versprechen.

Der Staat handelte entschlossen
Wer weiß, ob die Entzauberung populistischer Politik nicht länger gedauert hätte, wäre nicht die Covid-Katastrophe über das Land hereingebrochen. In der Not handelte der Staat mit ungewohnter Entschlossenheit, im Vergleich zu Deutschland geradezu autoritär - er sperrte die Bürger zu Hause ein. Jedenfalls wurde, unter enormen wirtschaftlichen Kosten, die Epidemie auf ein Ausmaß beschränkt, mit dem die regionalen Gesundheitssysteme umgehen konnten. Wirtschaft und Arbeitsmarkt wurden auf eine Weise reguliert, die dem Land eine massenhafte Verelendung ersparte. Durchgesetzt hat den Kulturwandel zugunsten von Sachkompetenz und Problemlösung Mario Draghi, seit er im Februar 2021, mitten in der Corona-Krise, vom Staatspräsidenten mit dem Aufbau einer neuen, von fast allen Parteien getragenen Regierung beauftragt wurde. Dass der Bankier Draghi wie kaum ein anderer verkörpert, was die populistische Parlamentsmehrheit zwei Jahre zuvor zu entmachten sich vornahm, das "Establishment", schien kein Problem mehr, so wie außerhalb des Parlaments die Redezeit nun dem Establishment der Virologen, Statistiker und Lungenfachärzte gehörte. "Super-Mario" gilt als der einzig mögliche und daher letzte Retter, der Italien Reformen und einen Neuanfang ermöglichen könnte.

Tatsächlich spielte das zuvor viel beschworene "Volk" in Draghis Antrittsrede vor dem Parlament keine Rolle mehr, stattdessen sprach der

Regierungschef von Bürgern und von den Institutionen des Staates, von Verantwortung, Pflichten, Solidarität. Damit war ein neuer Rahmen für das politische Handeln gesetzt. Wo bislang nach Kriterien des Klientelismus und politischer Gegnerschaft verfahren worden war - und politische Gegner wurden immer neu, in unbegrenzter Zahl produziert -, sollte nun im Sinn des Gemeinwohls gehandelt werden. Darin drückt sich eine aufklärerische Staatsidee aus, sicher entspricht es auch den Imperativen der Pandemie: In Frankreich hatte Macron den "Krieg" der Nation gegen das Virus ausgerufen, in Deutschland ersetzte Merkel den Begriff der Gesellschaft durch jenen der Gemeinschaft, Draghi sah die Italiener "im Schützengraben". Neigen populistische Bewegungen dazu, Forderungen nur an andere zu stellen, so wurde die Lösung der Probleme Italiens nun zur Aufgabe aller Bürger erklärt.

Von parteipolitischen Stimmungen lässt sich Draghi nicht beeinflussen, das wurde zunächst in der Corona-Politik deutlich. Denn Bedingung eines jeden Wiederaufbaus war die Beendigung der Epidemie. Mochten Salvini und Meloni noch so oft ihren Trieben zur Revolte nachgeben, zur Revolte gegen Kontaktbeschränkungen, Masken, Testpflicht, Impfung, Impfnachweis, Draghi wich keine Handbreit von seiner Linie ab. Mit Überzeugungsarbeit und Druck, hart am Rand einer förmlichen Impfpflicht, betreibt er die Immunisierung der Bevölkerung. Gab es vor dem Auftreten Draghis ständig Scharmützel zwischen der Zentralregierung in Rom und Gouverneuren anderer politischer Couleur in der Lombardei, im Veneto, in Ligurien, so einigten sich alle bald auf die ergebnisorientierte Linie des Regierungschefs. Wenn heute in der Lombardei

praktisch 90 Prozent der über Zwölfjährigen geimpft sind und das Leben in Fabriken, Ämtern, Schulen und Theatern beinahe wieder in den gewohnten Bahnen verläuft, dann liegt das an Draghis Durchsetzung einer Vernunft, die Geltung für alle beansprucht, ohne Ansehen der Partei.

Vernunft ist eine schwache Kategorie "Vernunft" ist freilich eine schwache Kategorie in einem Land, in dem es oft als eine Frage der Ehre gilt, sich nicht dem besseren Argument zu beugen, ja nicht einmal hinzuhören. Draghi setzte den Parteien seiner großen Koalition daher Grenzen: Die für die Reformen zentralen Zuständigkeiten für Wirtschaft, Justiz, digitale Transformation, ökologische Transformation, Universität und Schule besetzte er mit Ministerinnen und Ministern, die er unter Fachpersonen außerhalb der Parteien rekrutierte. Die Arbeit im Kabinett gilt als strikt sach-, problem- und lösungsorientiert, den Entscheidungsgremien lässt Draghi - nach allem, was nach außen dringt - wenig Raum für Fragen der parteipolitischen Distinktion. In kritischen Fragen setzt er eher auf Einzelgespräche als auf Debatten. Gewiss dürfen die Parteien reden, worüber sie möchten. Da die politischen Ziele aber vorgegeben sind, haben sie effektiv nicht viel zu sagen. Salvini nannte Draghi kürzlich den Vorstandsvorsitzenden, den "CEO" der Regierung. Das darf man als Kritik verstehen - eine Demokratie, in der nicht öffentlich diskutiert wird, hat auf

Dauer ein Problem. Ein wenig neidisch klang es aber auch, denn in gewisser Weise verfügt Draghi über jene Vollmacht, jene "pieni poteri", die Salvini sich im Sommer 2019 wünschte und damit das alarmierte Parlament zu einer Regierungsbildung ohne ihn drängte.

Draghi, der bereits mit einem großen politischen Kapital in die Regierung eingetreten ist, kann es sich leisten, in der Öffentlichkeit und noch mehr in den sozialen Medien zu schweigen. Wer sich im Politikbetrieb die Zustimmung einer Wählerschaft erst aufbauen muss, kann das nicht. Von Salvini's Fantasie unterscheidet sich Draghi's Macht indessen darin, dass sie nicht auf dem Willen zu persönlicher Herrschaft beruht. Denn was Draghi als alternativlos gesetzt hat, ist es auch, zumindest insofern, als sich darin eine europäische Vernunft manifestiert. Die rund 200 Milliarden, mit denen die Europäische Union den Neustart Italiens bis Ende 2026 finanziert, sind an die Umsetzung festgeschriebener Reformen innerhalb eines geregelten Zeitplans geknüpft: Reformen der Rechtsprechung, öffentlicher Ausschreibungen, eine Bürokratiereform, Investitionen in die Infrastruktur und in das Bildungswesen. Zwar hat die Europäische Kommission jahrelang dringliche Briefe mit Reformervorwartungen nach Rom geschickt. Aber jetzt erst werden ihre Vorschläge nicht mehr als Verfügung von außen und oben verstanden, sondern als das Interesse des Landes selbst. Diese Einheit aus europäischer Vernunft und nationalem Interesse ver-

körpert Draghi, zwei Drittel der Bevölkerung vertrauen ihm.

Ob in Italien nach der chauvinistischen Erhitzung ein neuer politischer Zyklus begonnen hat, vielleicht sogar ein Kulturwandel der breiteren politischen Öffentlichkeit, muss sich natürlich erst zeigen, die politischen Stimmungen schlagen hier manchmal von einem Jahr zum anderen um. Auf kurze Sicht lassen sich die Reform des Staates, die Modernisierung der Infrastruktur, die Entwicklung des Humankapitals durch Bildung und Weiterbildung nicht erreichen - Millionen von Staatsbediensteten, Verwaltungsangestellten, Gesundheitsfunktionären, Lehrern, Professoren müssten ihre eigenen Routinen modernisieren, überhaupt einmal ihr Interesse an Veränderung entdecken. Draghi versucht, die Parteien aus dem größten Teil des politischen Spektrums so unlösbar auf die strukturellen Reformen zu verpflichten, dass sie die Richtung auch nach seinem Ausscheiden als Regierungschef halten. Die Leute, die gegen Europa und gegen eine Modernisierung ihres Landes sind, gehen vorerst nicht mehr zur Wahl, sondern allenfalls am Samstagmittag zur Anti-Green-Pass-Demonstration. Salvini hüpfert zwischen beiden Positionen hin und her, so lange, bis er sich verheißt. Wenn es klappt, findet Italien wieder Anschluss an Europa. Geht es schief, wird Draghi seliggesprochen und an Sonntagen verehrt.

Verlags-Artikel-PDF: 211022_faz_FD1202110225000903663823.pdf

Wörter: 1290

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main

Con ragionevolezza europea

Il governo di Mario Draghi ha rallentato il populismo dilagante in Italia. Com'è possibile?

Il populismo in Italia si sta inesorabilmente spegnendo, come se avesse perso il corso degli eventi. Matteo Salvini aveva tentato di tenerlo in vita, ancora all'inizio dell'anno scorso. Tuttavia la sua contraddittoria marcia su Roma finì sulla riva nord del Rubicone, quando gli elettori dell'Emilia-Romagna preferirono mandare in giunta regionale i partiti socialdemocratici e civili.

In tutto il Paese i cittadini delle più grandi città hanno ora accantonato il populismo. Napoli, Roma, Bologna, Milano e Torino si ritrovano, dopo le elezioni comunali, sotto la guida socialdemocratica. A Roma e Torino i sindaci del Movimento Cinque Stelle non sono stati rieletti, avendo ricevuto solamente un quarto dei loro voti precedenti. I candidati dei partiti populistici di destra, guidati da Matteo Salvini e Giorgia Meloni, sono rimasti indietro rispetto ai vincitori con un margine del 20, 30 e a Napoli addirittura del 40 per cento. Per politici che pretendono di incarnare la "volontà del popolo" questi sono risultati devastanti.

Ancora una volta Salvini e Meloni hanno cercato di fare politica seguendo i dettami dell'antipolitica. I candidati che hanno proposto dopo una dura disputa erano stati pescati dalla società civile. I messaggi sono rimasti deboli e arretrati - per esempio, il candidato milanese, primario di pediatria, è stato il primo a esprimersi a favore dell'abolizione delle nuove piste ciclabili della città. Il fatto che i populistici di destra e di sinistra, con il loro dilettantismo a volte ben intenzionato, abbiano aggiunto nuove inefficienze alla politica italiana invece di eliminare le vecchie, non è sfuggito al popolo. I candidati delle alleanze dei partiti socialdemocratici, d'altra parte, avevano esperienza politica, che a molti sembrava stavolta la promessa più attraente.

Lo Stato ha agito con decisione

Chissà se il processo di disincantamento della politica populista non sarebbe durato più a lungo se il disastro del Covid non avesse colpito il Paese. Nell'emergenza lo Stato ha agito con una determinazione insolita, quasi autoritaria rispetto alla Germania: ha rinchiuso i cittadini in casa. Ad ogni modo, con un enorme costo economico, l'epidemia è stata limitata e resa gestibile dai sistemi sanitari regionali. L'economia e il mercato del lavoro sono stati regolati in modo da salvare il Paese da un impoverimento di massa.

È stato Mario Draghi ad attuare il cambiamento culturale a favore della competenza e della risoluzione dei problemi quando, a partire dal febbraio 2021, in piena crisi Covid, fu incaricato dal Presidente di creare un nuovo governo di larghe intese. Il fatto che il banchiere Draghi incarni, come nessun altro, ciò che la maggioranza parlamentare populista si era prefissata di depotenziare fino a due anni prima, ovvero l'"establishment", non sembrava più essere un problema. Tanto ormai, fuori dal parlamento, l'ultima parola spetta all'"establishment" di virologi, esperti di statistica e pneumologi. "Super-Mario" è visto come

l'unico e ultimo possibile salvatore che potrebbe garantire all'Italia le riforme necessarie e, quindi, un nuovo inizio.

Effettivamente il tanto invocato "popolo" non è più stato menzionato nel discorso inaugurale di Draghi al Parlamento; il capo del governo ha invece parlato di "cittadini" e di "istituzioni" dello Stato, di "responsabilità", "doveri" e "solidarietà". Questo ha portato ad un nuovo scenario per l'azione politica. Dove prima si era agito secondo i criteri del clientelismo e dell'opposizione politica - e gli avversari politici si moltiplicavano a vista d'occhio - ora ci si deve impegnare concretamente per il bene comune. Questo esprime un'idea progressista dello Stato e certamente corrisponde anche agli imperativi della pandemia: in Francia Macron ha proclamato "guerra" al virus, in Germania Merkel ha sostituito il concetto di società con quello di comunità, Draghi ha parlato invece di italiani "in trincea". I movimenti populistici tendono sempre ad esigere dagli altri, mentre - com'è stato dichiarato - la soluzione ai problemi dell'Italia è ora nelle mani di tutti i cittadini.

Draghi non si lascia influenzare dagli atteggiamenti dei partiti politici, come si è visto con la sua gestione della pandemia da coronavirus. Perché la condizione di qualsiasi ricostruzione è la fine dell'epidemia. Per quanto spesso Salvini e Meloni abbiano ceduto ai loro impulsi di rivolta, contro le limitazioni di contatto, le mascherine, i test obbligatori, le vaccinazioni, i certificati di vaccinazione, Draghi non si è discostato di una virgola dalla sua linea. Con un abile lavoro di persuasione e con una certa pressione, quasi al limite di una vaccinazione obbligatoria, sta perseguendo l'obiettivo di immunizzare la popolazione.

Se prima di Draghi c'erano continue schermaglie tra il governo centrale di Roma e i governatori di altri partiti in Lombardia, Veneto e Liguria, tutti hanno presto condiviso la linea del capo del governo, orientata ai risultati. Se oggi in Lombardia praticamente il 90 per cento degli ultradodicesenni è vaccinato e la vita nelle fabbriche, negli uffici, nelle scuole e nei teatri è quasi tornata alla normalità, è grazie all'imposizione di Draghi di una ragionevolezza che vale per tutti, indipendentemente dal partito.

Ragionevolezza è una categoria piuttosto debole

La ragionevolezza è una categoria piuttosto debole in un Paese in cui non piegarsi ad un'argomentazione migliore o, addirittura, stare ad ascoltare, viene spesso considerata una questione d'onore. Draghi ha quindi posto dei limiti ai partiti della sua grande coalizione: ha dato in mano i settori dell'economia, la giustizia, la trasformazione digitale, la trasformazione ecologica, l'università e la scuola, centrali per le riforme, a ministri che ha reclutato tra esperti esterni ai partiti. Il lavoro al governo è considerato strettamente orientato ai fatti, ai problemi e alle soluzioni: Draghi lascerebbe poco spazio a questioni di divisione partitica, stando a quanto trapela. Riguardo a temi critici si affida più alle discussioni individuali che ai dibattiti. Naturalmente i partiti sono autorizzati a discutere di quello che vogliono. Ma poiché gli obiettivi politici sono predeterminati, non hanno effettivamente molto da dire. Salvini ha recentemente definito Draghi il "presidente del consiglio di amministrazione", il "CEO" del governo. Questa può suonare come una critica: una democrazia in cui non vi è discussione pubblica a lungo termine presenta qualche problema. Ma dalle sue parole traspare anche un

po' d'invidia, perché - in un certo senso - Draghi dispone al momento di quei "pieni poteri" ai quali Salvini ambiva nell'estate del 2019, cosa che spinse il Parlamento allarmato a formare un governo senza di lui.

Draghi, entrato nel governo con una grande esperienza politica, può tranquillamente permettersi di tacere in pubblico e, ancora di più, nei social media. Chi invece deve prima guadagnarsi il consenso di un elettorato non può farlo. L'autorità di Draghi, tuttavia, differisce dalla fantasia di Salvini, in quanto non si basa su un desiderio di potere personale. Perché ciò che Draghi ha posto come inevitabile è anche, almeno nella misura in cui si manifesta, la ragionevolezza europea. I circa 200 miliardi con cui l'Unione Europea sta finanziando la ripartenza dell'Italia fino alla fine del 2026 presuppongono un programma di riforme fisse da attuare secondo un piano temporale preciso: riforme della giustizia, appalti pubblici, una riforma della burocrazia, investimenti in infrastrutture e nel settore dell'istruzione. È vero che da anni la Commissione europea ha continuato a sollecitare Roma ad attuare queste riforme. Ma solamente ora le sue proposte non sono più intese come un ordine proveniente dall'esterno e dall'alto, ma come l'interesse del Paese stesso. Questa combinazione di ragionevolezza europea e interesse nazionale è ben incarnata dalla figura di Draghi: due terzi della popolazione hanno fiducia in lui.

Resta naturalmente da vedere se - dopo l'entusiasmo sciovinista - è realmente iniziata una nuova fase politica in Italia, forse anche un cambiamento culturale dell'opinione pubblica. Le posizioni politiche possono cambiare qui da un anno all'altro. La riforma dello Stato, la modernizzazione delle infrastrutture, lo sviluppo del capitale umano attraverso l'istruzione e la formazione non possono essere realizzati a breve termine: in primo luogo milioni di dipendenti pubblici, amministratori, funzionari sanitari, insegnanti e professori dovrebbero infatti essere in grado di mettersi in gioco e mostrarsi aperti al cambiamento. Nell'attuazione delle riforme strutturali Draghi sta cercando di coinvolgere ed impegnare in prima linea tutti i maggiori partiti italiani, in modo che questi proseguano il lavoro anche dopo che lui avrà lasciato l'incarico. Le persone contrarie all'Europa e alla modernizzazione del Paese per ora non si recano più alle urne, ma al massimo alla manifestazione contro il Green Pass di sabato pomeriggio. Salvini rimbalza avanti e indietro tra le due posizioni finché non si impantana. Se tutto va secondo i piani l'Italia ritroverà il suo legame con l'Europa. Se le cose vanno storte Draghi verrà beatificato e venerato la domenica.